



Deutsche Gartenstadt-Gesellschaft

Geschäftsstelle: Schlachtensee bei Berlin

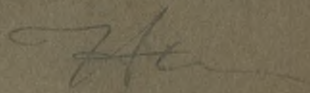
Der Zug der   
Industrie aufs Land  
Eine Innenkolonisation 

*Diese Arbeit erschien zuerst unter gleichem Titel in „Hand in Hand“, dem Organ des „Bundes der Industriellen“. Die Veröffentlichung als Broschüre brachte einige Erweiterungen und auch Änderungen formaler Natur mit sich. ~~~~~*

1904

Flugschrift 5

Preis 10 Pf.



Biblioteka Politechniki Krakowskiej



10000299695



# Der Zug der Industrie aufs Land

## Eine Innenkolonisation

Die Wohnungsfrage ist heute eine der brennendsten Fragen. Das ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, dass gegenwärtig in Berlin die Durchschnittsmiete für ein Zimmer in besseren Stadtteilen 300 Mark und die einer Berliner Hofwohnung von zwei Räumen (einer Stube und einer Küche) 275 Mark beträgt. In allen anderen grösseren Industriestädten sind die Zustände nicht viel bessere.

Dies ist nur die finanzielle Seite der Sache. Die nicht weniger wichtigen hygienischen, moralischen und ästhetischen Seiten der Wohnungsfrage mögen hier unerörtert bleiben.

Die Folge der angedeuteten Missstände ist eine Fülle von Bestrebungen, Abhilfe zu schaffen. Hierher gehören die Bemühungen der staatlichen Behörden und Stadtverwaltungen für die Wohnungsfürsorge, die Bestrebungen von Vereinigungen, wie Bodenreformer und Verein „Reichswohnungsgesetz“ zur Beeinflussung staatlicher und kommunaler Gesetzgebung, die aufklärende Tätigkeit hygienischer Gesellschaften etc. etc. — Daneben tritt in der Form von gemeinnützigen Baugesellschaften, sowie der Baugenossenschaften der Städte und Vororte die Selbsthilfe auf den Plan, und es ist unbestreitbar, dass diese für mehr oder minder beschränkte Kreise eine entschiedene Besserung des Wohnungselends einleiten. Die Erfolge dieser letzteren Bestrebungen finden leider ihre Grenze an der Höhe der Bodenwerte in Stadt und Vorort, und dies trotz der günstigen Beleihungsbedingungen, die ihnen von den Landesversicherungsanstalten gewährt werden.

So notwendig und wertvoll alle diese Bestrebungen sind, so tragen sie dennoch den Charakter einer gewissen Einseitigkeit. Denn es gibt nicht nur eine Wohnungsfrage in der Stadt, sondern auch eine solche auf dem Lande, und nicht nur für den Einzelmietler, sondern auch für die Industrie. Und gerade im Zusammenhang mit letzterer wird die Wohnungsfrage nicht nur eine Frage des Sonderinteresses der industriellen Unternehmer, sondern auch der Interessen der gesamten Volkswirtschaft.

Es ist ganz zweifellos, dass die Industrie in der Grosstadt viel zu teuer wohnt. Ein Vergleich der Mieten von Wohnungen

und Werkstätten entscheidet fast zu Ungunsten letzterer. Wenn eine Berliner Hofwohnung von zwei Räumen, wie oben erwähnt, 275 Mark Miete kostet, so kann man immerhin annehmen, dass man dafür 30 Quadratmeter Wohn- und Küchenraum erhält, d. h. dass der Quadratmeter höchstens 9 Mark Miete kostet. Industrielle Betriebe zahlen heute wohl selten unter 8 Mark und in unseren grossstädtischen Industriehöfen 10 und vereinzelt selbst 12 Mark Miete für den Quadratmeter Werkstatt. Diese Mietspreise sind um so unverständlicher, wenn man bedenkt, dass Fabrikbau billiger als Wohnhausbau ist. Dass ein Betrieb pro beschäftigten Arbeiter und Jahr 150 Mark Miete zahlt, ist die Regel; 200 Mark ist keine Seltenheit. Und alte gutgehende grossstädtische Betriebe müssen, wie Heinrich Freese für sich berechnete,<sup>\*)</sup> 40 pCt. ihres sonstigen Reingewinns auf die Miete verwenden. Für sehr viele Betriebe ist dies Verhältnis noch viel ungünstiger. Es ist nicht weit von der Wahrheit, wenn man sagt, „die Industrie arbeitet für die Miete“. Hinzu kommt noch, dass die Lösung der Transportfrage eine höchst mangelhafte in der Grossstadt ist. Die Entfernung von der Eisenbahn resp. vom Wasser, der hohe Etagenbau etc. bedingen schwierige und kostspielige Transporte. — Die kurzen Ausführungen beweisen jedenfalls, dass die Industrie in der Grossstadt nicht weniger als der Einzelmietler leidet.

Und worunter leiden beide? — Unter der Höhe der städtischen Bodenwerte, die diese Höhe nur dem Umstande verdanken, dass der Stadtboden ohne Verdienst und Zutun seiner Eigentümer die Wohnstätte vieler produzierender Menschen und die Stätte von Bildungsanstalten, Verkehrseinrichtungen etc. geworden ist. Die grossstädtische Grundrente (das Kapital, das in den Bodenwerten angelegt ist und seinen Zins verlangt), ist es, welche in einer immer noch unterschätzten Weise auf den Wohnungs- und Werkstättenmieter drückt, welche das Budget eines jeden Einzelmietlers, namentlich das des kleinen Mannes und Arbeiters, stark belastet (das des letzteren sogar durchschnittlich fast um 33 pCt. kürzt) und gleichfalls der Industrie einen unerhörten Tribut auferlegt. In dem bereits vorhin erwähnten Artikel Heinrich Freese's befindet sich eine sehr illustrative Rechnung über diese Tributabgabe des produzierenden Teils der Grossstadtbevölkerung. Die Rechnung fusst auf einer Wohnungsenquete, die Freese für seinen Berliner Betrieb unternahm. Nach dieser musste er sich für seine Berliner Fabrik eine Miete von etwa 10 000 Mark rechnen. Die 65 Angestellten (Arbeiter und Beamte) zahlten zusammen (ausschliesslich der Miete des Unter

---

<sup>\*)</sup> Man vergleiche seinen Artikel: „Wohnungsnot und Absatzkrise“, Konrad's Jahrbücher 1893.

nehmers) 15 000 Mark Miete. Also 65 Personen, die sich unter einem Arbeitgeber zu einem Betriebe vereinigen und nichts weiter als das Kapital des letzteren besitzen, wenden zusammen 25 000 Mark Miete auf, um wohnen und produzieren zu können. Da man nun bei dem Wert eines Berliner Grundstücks 60 pCt. auf den Wert des Gebäudes und 40 pCt. auf den des blossen Grund und Bodens rechnen muss, so ergibt sich, dass 40 pCt. jener Miete von 25 000 Mark, d. h. 10 000 Mark, eine Zinsabgabe an den städtischen Grundbesitz darstellen. Diese Summe zahlen 65 Personen jährlich für das blosse Recht, den Grund und Boden für Wohn- und Arbeitszwecke benutzen zu dürfen, nicht etwa für die Benutzung der Wohnungen und Werkstätten selbst. Auf den Kopf berechnet heisst dies, dass jede der 65 Personen jährlich 153 Mark für das blosse Recht auf Dasein zahlt. Diese Verhältnisse haben sich seit 1893 eher verschlimmert. Die Notwendigkeit einer Aenderung ist also nur gewachsen. Die Rechnung Freese's beweist jedenfalls, dass ein unproduktives Bodenkapital in erschreckender Weise auf dem produktiven Teil der Städte lastet. Aber nicht allein, dass sie Arbeitern und Unternehmern enorme Opfer auferlegt, — diese Daseinssteuer von 153 Mark pro Kopf ist auch eine Summe, die nur zum kleinen Teil wieder dem Konsum zugute kommt, sondern erfahrungsgemäss meist als Zins zum Kapital geschlagen wird. Das ungeheure Anwachsen des Rentenkapitals ist grösstenteils darauf zurückzuführen. Somit bedeutet diese Kopfsteuer eine Verminderung der allgemeinen Konsumfähigkeit, was in weiterer Folge eine Verkleinerung des Marktes für industrielle Produkte, also ständige Absatzkrise heisst.

\* \* \*

Dies sind Missstände, die nicht aus der Welt zu leugnen sind. — Welches sind die Bemühungen, die dahin gehen, sie aus der Welt zu schaffen? Die staatliche und kommunale Boden- und Steuerpolitik, wie sie von den Bodenreformern empfohlen wird, aber von den Behörden, wenn überhaupt, bisher nur in gar zu medizinischen Dosen verabreicht wird, kommt ja sicherlich auch der Industrie zu gute. Hier sind auch die Bestrebungen von Männern wie Naumann, Bodelschwingh, Pohlmann und der gesamten Bodenreformer zu nennen, welche die Schaffung neuer Verkehrsstrassen (Kanäle etc.) als Mittel für eine neue Bodenpolitik und eine Städtedezentralisation benutzen wollen. Durch Enteignung der anliegenden Gelände und deren Ausgabe in Erbpacht oder durch ihre Belegung mit hohen Steuern, die die Spekulation mit diesen Grundstücken eindämmen, wollen sie billiges Land für Wohnzwecke und für die Industrie schaffen, die hier zugleich zweckentsprechende Verkehrsmittel findet.

Andererseits zeigt sich auch hier die Selbsthilfe. Aber im Gegensatz zu der Selbsthilfe bei der Wohnungsfrage, die immer mehr genossenschaftlicher Natur war, ist sie hier bisher rein individueller Art geblieben. Der Industrielle, der es möglich machen kann, verlässt die Grossstadt und siedelt sich im Vorort an. Aber selbst dies können sich im allgemeinen nur sehr grosse und kapitalkräftige Betriebe (Borsig, Schwartzkopf und manche andere) leisten. Dem kleinen und mittleren Unternehmer scheint diese Möglichkeit aus verschiedenen Gründen verschlossen zu sein. Höchstens, dass er bei Neueröffnung eines Betriebes die kleinere oder mittlere Provinzstadt gegenüber der Grossstadt bevorzugt. Hier rechnet die Produktion noch in manchen Beziehungen mit geringeren Kosten.

Die Auswanderung der Industrie in die Vororte wird neuerdings auch durch die Terrainspekulation der Vororte gefördert, die durch Aufschluss gewaltiger Terrains, vielfach von der Grösse kleiner Städte,\*) Grundstücke mit Wasserverbindung und Eisenbahnanschluss für Fabrikzwecke bereit stellt. Sicherlich wird hier die Transportfrage glänzend im Verhältnis zur Grossstadt gelöst. Aber andererseits sind die Bodenpreise, wenn auch günstigere wie in der Grossstadt, noch viel zu hohe für die Industrie.

Alles dies zeigt, dass ein Bestreben nach Dezentralisation der Industrie vorhanden ist. Besonders in Sachsen lässt sich dies beobachten. Aber es ist nicht zu bestreiten, dass es nur langsam damit vorwärts geht. Namentlich die Ansiedlung auf dem flachen Lande, die der Grundrente fast ganz aus dem Wege gehen könnte und grosse volkswirtschaftliche Vorteile in sich schlösse, macht nur sehr allmählich Fortschritte.

Liegt dies aber nicht gerade daran, dass die Selbsthilfe auf diesem Gebiete nur rein individueller und nicht genossenschaftlicher Natur war? Bei unserer modernen Produktion mit ihrer Arbeitsteilung und ihren Spezialbetrieben, ist eine Isolierung einzelner Produktionszweige schwer durchführbar. Fast jeder Betrieb ist auf eine Anzahl von Nebenbetrieben angewiesen und kann sich nicht leicht von diesen räumlich trennen. — Die Arbeiterbeschaffung ist in ländlicher Isolierung unendlich schwierig. Das flache Land selbst bietet fast gar keine und vor allem keine qualifizierten Arbeiter. Und der Arbeiter der Grossstadt entschliesst sich nur schwer, diese zu verlassen. In letzterer ist für ihn das Arbeitsangebot mannigfacher, was besonders in Zeiten der Krise für ihn wichtig ist. Hier ist mehr Geselligkeit, mehr Verkehr; hier ist der Zusammenschluss zur Wahrung seiner Inter-

---

\*) Man vergleiche die Beilage des Berliner Adressbuchs: Terrain- und Grundstücksofferten.

essen leichter. Hier findet er Wohnung, die er auf dem Lande kaum oder garnicht findet. Es müssten denn Wohnungen sein, die die Fabrik selbst stellt. Doch, wie bekannt, meidet der Arbeiter diese gefissentlich. Der auf's Land übersiedelnde Unternehmer muss über sehr bedeutende Baarmittel verfügen. Er muss, da die ländliche Beleihungsfrage eine äusserst schwierige ist, aus eigenen Mitteln seine Fabrik, Arbeiterhäuser, Eisenbahnanschluss, Transportwege etc. etc. schaffen. — Die Absatzfrage wird für ihn gleichfalls erschwert. Dies ist besonders der Fall, wenn er direkt für die von ihm bewohnte Stadt produziert. Wie verschiedene Berliner Strassen zeigen, ist eine gewisse Konzentration der Verkaufsbureauis kaum zu vermeiden, weil man sonst vom auswärtigen oder ausländischen Aufkäufer unberücksichtigt bleibt. Man findet daher, wie etwa in der Konfektionsbranche, der Bronzeware- oder Papierindustrie die Verkauflokale einer Branche, selbst vieler auswärtiger Firmen derselben, in bestimmten Stadtteilen oder Strassen zusammengedrängt.

Unleugbar stehen also dem Verlassen der Grossstadt seitens der Industrie sehr grosse Schwierigkeiten im Wege. Aber würden nicht alle oder doch ein grosser Teil derselben fortfallen, wenn eine genossenschaftliche Uebersiedlung zu bewerkstelligen wäre?

\* \* \*

Eine solche genossenschaftliche Ansiedlung der Industrie auf dem Lande will nun die Gartenstadtbewegung durch das Experiment einer ländlichen Städtegründung für Industriezwecke in Fluss bringen. Es klingt jedem gewiss zuerst recht kühn und anspruchsvoll, wenn er von der Absicht einer Städtegründung hört. Aber bei näherer Betrachtung der Schwierigkeiten, denen eine vernünftige Städtereform und Stadterweiterung begegnet, und andererseits bei Abwägung der Vorteile, die finanziell und volkswirtschaftlich eine Neugründung von Städten bedeutete, bei Erwägung dessen, was durch die Entwicklung unserer Verkehrs- und Verständigungsmittel heute möglich ist, was gegenwärtig schon in dieser Richtung von einzelnen Industriefirmen oder Terraingesellschaften geleistet wird, und was die technische und wissenschaftliche Entwicklung der Landwirtschaft verlangt und verwirklicht, verschwindet das Utopische des Planes.

Die Bewegung stammt aus England und knüpft sich an den Namen Ebenezer Howard, der vor fünf Jahren sein vorzügliches Buch „Garden cities of to morrow“<sup>(\*)</sup> (sofortiger Ver-

<sup>(\*)</sup> Eine kurze Wiedergabe dieses Buches findet sich in der Broschüre „Vermählung von Stadt und Land“, Verlag der deutschen Gartenstadtesellschaft, Schlachtensee, 20 Pfg.

wirklichung harrende Gartenstädte) erscheinen liess.\*) Der in diesem Buch durch eingehende Berechnungen belegte Vorschlag ist etwa folgender:

Es möge sich eine gemeinnützige, kapitalkräftige Gesellschaft bilden, die im Interesse der Industrie, einer durchgreifenden Wohnungsreform sowie einer intensiven Landwirtschaft ein grosses Terrain erwerben und nach zweckmässiger Aufschliessung einen planmässigen Auszug der Industrie nach demselben organisieren soll. Die Leitmotive für den Aufbau der neuen Stadt sollen weitgehendste Hygiene, Planmässigkeit, sowie räumliche und zahlenmässige Grössenbeschränkung von Beginn an sein.

Die zu gründende Stadt soll auf einem Terrain entstehen, das zum landwirtschaftlichen Nutzungswert gekauft wird. Es soll zum mindesten an einer guten Eisenbahnverbindung liegen. Dies ist ein wesentliches Moment für die Industrie, die die Grosstadt verlassen und hier alle denkbaren Verkehrserleichterungen und Produktionsbequemlichkeiten finden soll. — Die Stadt soll eine bestimmte Grösse nicht überschreiten und wird für diese (die einer Mittelstadt) und ihre Bedürfnisse an öffentlichen Einrichtungen von vornherein geplant, was einen unermesslichen Vorteil für einen einheitlichen, zweckmässigen und billigen Aufbau der Stadt bedeutet. Von dem erworbenen Terrain soll nur ein kleiner Teil, vielleicht ein Sechstel für die Stadt selbst reserviert werden, das übrige soll für alle Zukunft landwirtschaftlichen Zwecken dienen. — Die Stadt soll möglichst in der Mitte des Geländes liegen; dies vor allem im Interesse der Landwirtschaft, der dann ebenfalls gute Verkehrs- und Absatzbedingungen gesichert sind und der von der städtischen Kraftzentrale für Hof und Feld mechanische Kraft billig abgegeben werden kann. — Das Terrain soll nie Privateigentum der Bewohner werden, sondern stets Gemeindebesitz bleiben. Dies ist oberstes Gesetz! Für die verschiedenen Zwecke des Wohnens, der Landwirtschaft, des Gewerbebetriebes wird das Land nur pachtweise (je nach Bedürfnis in langen oder kurzen Fristen) ausgegeben. — Die finanzielle Basis für das Unternehmen liegt in der enormen Wertdifferenz von Stadt- und Landboden\*\*) sowie in der Tatsache, dass Landboden zu Stadtboden wird und dadurch höhere Pachten bringt. Diese kommen indessen nur der Gemeinde zu gute, die später genossenschaftlicher Eigentümer wird. Diese Pachten können weit hinter der grossstädtischen Bodenrente zurückbleiben und gleichwohl die Verzinsung und Rückzahlung des Gründungskapitals sowie einen gesunden Haus-

---

\*) Th. Fritsch, Leipzig, veröffentlicht unabhängig von den Engländern 1896 sein Buch Die Stadt der Zukunft.

\*\*) Man kann 500:1 annehmen,



halt der Stadt gewährleisten. Und diese Stadt kann dabei den höchsten Anforderungen der Technik, der Hygiene und Aesthetik genügen und durch Privatgärten an den Häusern und durch ausgedehnte öffentliche Anlagen mehr einem Garten, als einer Stadt gleich werden.

Falls ein erstes Experiment glückt, ist an eine Ausdehnung der Bewegung, an eine Durchsetzung des platten Landes mit Gartenstädten, an eine Innenkolonisation gedacht, die geeignet ist, ideale Wohnungs- und bessere Lebensverhältnisse allen zu bringen, sowie der Landwirtschaft und Industrie neue Horizonte zu erschliessen. Dies der englische Vorschlag.

Doch es ist in England nicht bei diesem blossen Vorschlag geblieben. Das oben erwähnte Buch führte bald zur Gründung einer sehr rührigen und grossen Propagandagesellschaft (Garden City Association) und aus dieser ist nach vierjähriger emsiger Tätigkeit eine Gründungsgesellschaft (First Garden City Lim.) hervorgegangen, die 60 km nordwärts von London bei Hitchin auf einem Terrain von 1600 ha die erste Gartenstadt begründet. Im vergangenen Herbst ist der Ankauf erfolgt, die Aufschliessungsarbeiten für die Besiedlung haben bereits begonnen. Hinter der Gesellschaft stehen genügende Kapitalien und eine Reihe angesehenener, einflussreicher und vermögender Männer. Zu diesen gehören auch vorzugsweise Industrielle, wie Cadbury und Rowntree von der Kakaobranche, Lever von der Sunlight-Seifenfabrik, der Spinnereibesitzer Thomasson, der Mineralwasserfabrikant Idris, der Hüttenwerksbesitzer Williams und andere. Das Grundstück ist hygienisch, landschaftlich und vom Verkehrsstandpunkt sehr günstig gelegen. Die Besiedlungsaussichten seitens Industrieller, Privatpersonen und namentlich auch genossenschaftlicher Betriebe sind nach den vorliegenden Meldungen viel versprechende. Die Nachbarschaft zweier kleiner Städte von zusammen etwa 20 000 Einwohnern wird im Interesse der ersten Arbeiter- und Wohnungsbeschaffung von grosser Wichtigkeit sein. Die Leitung des Unternehmens liegt in den Händen sach- und geschäftskundiger Leute. Das Experiment wird in England allgemein als erfolgversprechend beurteilt.

\* \* \*

Bei dieser organisierten Auswanderung der Industrie in speziell für sie geplante Landstädte mit genossenschaftlichem Bodenbesitz werden nun, wenn nicht alle, so doch die meisten Uebelstände fortfallen, die sonst beim Verlassen der Grossstadt drohen. Zwar wird nicht jede Industrie die Grossstadt verlassen können; die schwere Industrie und sonstige an bestimmte Orte gebundene Industrien mögen an ihrem Standort bleiben. Für einen grossen Teil der Industrie würde es jedoch unter

diesen Umständen wohl möglich sein, auszuwandern. Und dieser Teil ist grösser, als man im allgemeinen glaubt.

Die Transportfrage wird durch geeignete Verkehrsstrassen und Anschlussgeleise sowie durch einstöckigen Bau der Fabrikgebäude, der bei billigem Grund und Boden möglich wird, gelöst werden. — Die Isolierung von Nebenbetrieben ist durch die Organisation dieses Exodus zu vermeiden. — Die Arbeiterbeschaffung würde gleichfalls weniger schwierig sein. Denn die Arbeiter, die unter diesen Umständen die Grossstadt verlassen sollen, entfernten sich nicht aus ihrem Milieu und kämen nicht in vereinsamte Landgegenden. Auch würden sie in eigene Häuser ziehen, die sie sich durch Genossenschaften beschaffen oder von der gemeinnützigen Gesellschaft pachten. — Die Kapital- und Beleihungsfrage liesse sich durch ein Pfandbriefinstitut lösen. Hier kann man vielleicht auch auf ein Entgegenkommen der Landesversicherungsanstalten rechnen, die neuerdings auch das blossе Erbbaurecht beleihen. Jedenfalls erhöht eine Massenansiedlung in weit höherem Maasse den Wert des Grund und Bodens und dadurch wird die Beleihungsfrage leichter als bei isolierter Auswanderung. — Auch die Absatzfrage würde sich leichter regeln, wenn mehrere Betriebe gleicher Natur durch den organisierten Auszug an einen Ort gelangt sind. Eine Stadt mit bestimmten Betrieben wird von den Einkäufern kaum übersehen werden. Und ist man in bezug auf den Absatz zu sehr auf die Grossstadt angewiesen, so bliebe das Verkaufsbureau in der Grossstadt, das ja heute bereits von unzähligen auswärtigen Firmen gehalten wird. Auch wäre zur Herabminderung der hierdurch entstehenden Kosten ein genossenschaftliches Halten von Verkaufslokalen seitens der Gartenstadtfirmer denkbar.

Doch die Gesamtheit eines solchen Problems lässt sich nicht auf dem Papier lösen, so wichtig und nötig auch seine mündliche und schriftliche Diskussion ist. Sie lässt sich ebensowenig endgiltig im voraus lösen, wie die Frage der Rentabilität einer neuen kolonialen Unternehmung oder eines neuen Geschäftszweiges. Hier wie dort giebt es eine Menge von Imponderabilien. Nur das Experiment kann hier entscheiden. Die Notwendigkeit und Erwünschtheit eines solchen ist jedenfalls gegeben. Dafür ist es aber nötig, dass eine möglichst grosse Auswanderung mit einem Schlage erfolgt. Eine schnelle Massenbesiedelung eines Terrains würde die finanziellen und kommerziellen Schwierigkeiten bedeutend mindern. Nun kann gerade die Industrie grosse Massen stellen, und es ist daher die Aufgabe einer aufklärenden Propagandatätigkeit, diese Massen zu vereinigen. Das Problem erfordert ein gewisses „Hand-in-Hand“-gehen von Konkurrenten und von Arbeitgeber und -nehmer. Es gilt, dieses anzubahnen.

Die rechnerischen und idealen Vorteile, die ein solches Zusammengehen zum Zwecke der Begründung industrieller Siedelungen auf dem platten Lande für alle Volks- und Berufsklassen im Gefolge haben würde, wären jedenfalls ungeheuer. Der Landwirtschaft könnten ohne Belastung des Städters bessere Produktions- und Absatzbedingungen gebracht werden, die Industrie würde billiger und besser wohnen und produzieren können, und für die Unbemittelten würde eine wirklich durchgreifende Wohnungsreform möglich werden. Wie sehr eine solche im eigensten Interesse der Industrie liegt, hat der englische Grossindustrielle George Cadbury bewiesen, der im Zusammenhang mit seiner Fabrik und unter Sicherung voller Unabhängigkeit seiner Arbeiter in Bezug auf die Wohnung mit dem Dorfe Bourville eine Art kleine Gartenstadt schuf, die heute 2500 Einwohner zählt und auf ihren Gemeindeländereien noch Raum für 5000 weitere Einwohner hat und allen Anforderungen der Hygiene, des Komforts und der Schönheit entspricht. Er sah bei diesem Experiment nur die industrielle Leistungsfähigkeit seines Arbeiters wachsen und wies alle Ehrungen mit den Worten ab: „Nichts macht sich für einen Arbeitgeber besser bezahlt, als seine Arbeiter in gesunde, ländliche Districte mit guter Wohnung, gutem Lohn und Gelegenheit zur Gartenarbeit zu versetzen.“

Aber weiterhin — und hierin liegt ihre grosse volkswirtschaftliche Bedeutung — erschliesst die Gartenstadt ein weites Feld für gewerbliche Tätigkeit, die heute unter der Last der grosstädtischen Bodenrente nicht frei werden kann. Heinrich Freese berechnete, wie oben gezeigt, aus der Grundrente Berlins eine Kopfsteuer von 153 Mark pro Jahr für jeden, der dort einer gewerblichen Tätigkeit nachgeht. Da bei dem Plan der Gartenstadt der Preis des Grund und Bodens sehr gering ist und selbst bei weiter Bebauung kaum in Rechnung fällt, so würde von dieser Seite aus keine oder nur eine geringe Kürzung des Einzelbudgets eintreten. Andererseits bedeutet aber ein weitläufiger und niedriger Bau einer Stadt, besonders einer „Gartenstadt“, vom Standpunkt der Bautechnik und wegen der umfassenden und ausgedehnten Einrichtungen im Interesse des Verkehrs, einer rationellen Produktion, einer gegenseitigen bequemen Verständigung und der Hygiene eine Verteuerung des Baues. Doch diese Verteuerung würde einer produktiven Tätigkeit, nicht einem unproduktiven Bodenkapital zugute kommen und hiesse eine Markterschliessung. Sie bedeutete eine Mehrbeschäftigung, eine Blüte der Industrie. Aber weiter noch: Es ist nicht anzunehmen, dass diese Verteuerung des Baues den ganzen Betrag dieser Kopfsteuer absorbiert. Ein beträchtlicher Teil würde immer noch frei bleiben. Dies hiesse aber wieder nichts anderes als eine Erhöhung der Konsumfähigkeit der Volksmassen, eine Vergrösserung des Marktes. Und dies

abermals zu Gunsten der gewerblichen Tätigkeit. Das heisst aber nichts anderes, als dass die Gartenstadtbewegung fast alle Elemente einer Kolonialbewegung in sich trägt. Und dabei geht sie den Weg des friedlichen Experiments, geht den erbitterten Kämpfen mit der Gesetzgebung, mit entgegengesetzten Interessen aus dem Wege und beschwört keine internationalen Verwickelungen herauf.

Die Gewinnung einer neuen Art von Kolonien wird ein immer dringenderes Gebot. In der Kolonialbewegung ist die Sahne ziemlich abgeschöpft. England findet kein zweites Indien, Nordamerika ist ihm längst untreu geworden, und Kanada und Australien scheinen auch nicht dankbare Kinder zu sein. Ob Südafrika von grossem Nutzen sein wird, erscheint mehr als zweifelhaft. So ergeht es der glücklichsten Kolonialmacht. Die Erfolge aller übrigen Kolonialmächte sind bisher nur geringe gewesen. Auch die neue Chinapolitik wird kaum etwas daran ändern. Ueberall scheint vielmehr Katzenjammerstimmung zu herrschen. Zu gleicher Zeit verschliessen sich auch mehr und mehr die Märkte der grossen unabhängigen Nationen. Ueberall besteht die Tendenz, sich industriell und landwirtschaftlich selbstständig zu machen. England erlebt dies sogar bei seinen Kolonien. Da bleibt schliesslich nichts übrig, als sich Innenmärkte zu erschliessen, die stets die besten und sichersten sind. Dieser Meinung sind nicht nur hervorragende Nationalökonomien, sondern auch Männer grösster industrieller Praxis wie Carnegie. Doch hierzu bedarf es neuer Bildungsmöglichkeiten, neuer gesellschaftlicher Organisationsmethoden, die dem Einzelnen die Erzeugung und den Genuss grösserer Werte gestatten und so ein höheres Produktionsniveau und ein mannigfaltigeres Austauschgebiet schaffen. Eine Innenkolonisation im Sinne der Gartenstadt könnte hierfür unschätzbare Dienste leisten.

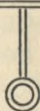
Wollte man nur einen geringen Bruchteil dessen tun und wagen, was man zur Begründung auswärtiger Kolonien unternimmt, so liessen sich mit der geschilderten Form der Innenkolonisation bessere und sichere Märkte erschliessen und grössere allgemeine volkswirtschaftliche Segnungen erzielen, als es eine Aussenkolonialbewegung vermag. Die Gartenstadtidee eröffnet ein Feld unbegrenzter Tätigkeit für Innenkolonialgesellschaften und innenkolonialwirtschaftliche Komitees. Die Deutsche Gartenstadtgeseellschaft will der Kristallisationskern für derartige Bestrebungen und Gründungen sein.







Druck:  
Maurer & Dimmick, Berlin S.  
Louisen-Ufer 11.



1915

## Ziele der Gesellschaft:

§ 1 der Satzungen lautet:

„Das Ziel der Gartenstadt-Gesellschaft ist die Gewinnung breiter Volkskreise für den Gedanken der Errichtung von **Gartenstädten auf der Grundlage des Gemeineigentums an Stadt- und Landboden**, sowie die Förderung aller Massnahmen, die diesem Ziele dienen.

Die Gartenstadt-Gesellschaft empfiehlt eine Innenkolonisation, das heisst eine wirtschaftlich harmonische Aufteilung des platten Landes und seine zweckmässige Durchsetzung mit Städten; sie erstrebt eine Wohnungsreform durch eine organisierte Wanderung der Industrie auf das platte Land, wo ein weitläufiger, hygienischer und ästhetischer Bau bei voller Berücksichtigung der Bedürfnisse der Industrie möglich ist und wo auch der sich angliedernden Landwirtschaft neben nahen Märkten billige mechanische Kraft und gute Verkehrsbedingungen gebracht werden können; sie ist bemüht, eine Siedelung grösseren Stils einzuleiten, wofür die Errichtung einer besonderen Gründungsgesellschaft vorbehalten ist.“

Anfragen sowie Beitragszahlungen sind zu richten an die Geschäftsstelle Schlachtensee.

Der Jahresbeitrag ist auf mindestens Mk. 5,— bei freiem Bezuge der Flugschriften festgesetzt worden.

## Empfehlenswerte Literatur:

Garden Cities of to-morrow von Ebenezer Howard .	Preis 1,50 Mk.
Vermählung von Stadt und Land von B. Kampffmeyer	„ 0,20 „
Flugschrift III. Die Abkehr von der Grossstadt — zur Gartenstadt . . . . .	„ 0,10 „
Flugschrift IV. Genossenschaften u. Genossenschaftsstädte	„ 0,10 „
Die Stadt der Zukunft von Th. Fritsch . . . . .	„ 1,25 „
Die neue Gemeinde von Th. Fritsch . . . . .	„ 0,30 „
Plan der ersten englischen Gartenstadt (farbig) mit Erklärung . . . . .	„ 0,25 „
Korrespondenz der deutschen Gartenstadt-Gesellschaft erscheint einmal monatlich und geht Mitgliedern und Zeitungen unentgeltlich zu.	
Die Gartenstadt, ein Ergebnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ent- wicklung (in Vorbereitung).	

## Vorträge mit Lichtbildern.

Die Gesellschaft ist gern bereit, Vereinen oder Gesellschaften, welche sich für die Frage interessieren, Vorträge zu halten.

WYDZIAŁY POLITECHNICZNE KRAKÓW

BIBLIOTEKA GŁÓWNA

II 31957  
L. inw. ....

Kdn., Czapskich 4 — 678. 1. XII. 52. 10.000

Biblioteka Politechniki Krakowskiej



10000299695